

## TOP 3.7.6 Meinungsumfrage zu Lobbying und Transparenz in der EU

### 1. Beschreibung der Problematik

Eine Meinungsumfrage, die in **sechs EU Mitgliedstaaten** – Österreich, Tschechien, Frankreich, Spanien, den Niederlanden und Großbritannien unter **6.000 Befragten** durchgeführt wurde, spricht eine klare Sprache. Die befragten BürgerInnen bringen klar zum Ausdruck, dass **Wirtschaftsinteressen einen zu großen Einfluss in der EU-Politik** haben und sprechen sich für **klare Regelungen** bezüglich Lobbytransparenz, Zugang zu Dokumenten und Ethik im Europäischen Parlament aus.

Die Zustimmung der Befragten in Österreich liegt dabei noch über dem – ohnehin sehr hohen – europäischen Durchschnitt. Die Umfrage wurde im Rahmen des „EU citizens project“ beauftragt, von der **AK unterstützt** und von TNS opinion (die ua auch den Eurobarometer erstellen) im Zeitraum 17. bis 23.1.2013 durchgeführt. Das „EU citizens project“ ist ein gemeinsames Projekt von AccessInfo Europe, Aitec, Environmental Law Service, Friends of the Earth Europe, Health Action und International Spinwatch. Die Einrichtungen stehen auch ALTER-EU nahe.

### 2. Die Umfrageergebnisse im Detail

73% (Ö: 81%) sind besorgt, dass **WirtschaftslobbyistInnen zu großen Einfluss** auf die EU-Politik haben. 77% (Ö: 84%) glauben, dass Lobbying durch VertreterInnen der Wirtschaft zu Entscheidungen in der EU-Politik führen kann, die nicht im öffentlichen Interesse sind. 80% (Ö: 85%) finden, dass es verbindliche Regeln für Lobbying geben sollte, um eine ausgeglichene Partizipation unterschiedlicher Interessen beim Entscheidungsprozess zu sichern. Im Vergleich zum EU-Schnitt etwas weniger kritisch wird die Rolle der Wirtschaftslobbys von den Befragten in Großbritannien und den Niederlanden gesehen (vgl Tabelle 1). Europaweit sprechen sich überhaupt nur 10% gegen verbindliche Regeln für Lobbying in der EU aus, und nur 14% sehen den großen Einfluss der WirtschaftslobbyistInnen nicht mit Besorgnis (vgl Tabelle 2).

Zustimmungswerte an die 90% gibt es bei der Frage des **Zugangs zu EU Dokumenten und Informationen**: 85% (Ö: 87%) finden den Zugang zu vollständiger Information über die Aktivitäten der Mitgliedstaaten in Verhandlungen über zukünftiges Europarecht wichtig. 84% (Ö: 89%) äußern selbiges betreffend den Zugang zu umfassenden Informationen rund um die Maßnahmen der EZB gegen die Finanzkrise. 86% (Ö: 89%) finden es wichtig, Zugang zu detaillierten Finanzberichten und Evaluierungen zu haben, wie EU-Gelder von den Mitgliedstaaten verwendet werden. Immerhin noch 74% (Ö: 76%) erachteten es als wichtig, dass jene Rechtsgutachten, die für die europäischen EntscheidungsträgerInnen verfasst werden, auch allgemein zugänglich sind.

Ein dritter Pfeiler der Umfrage befasste sich mit dem Thema **Ethik im Europäischen Parlament**: 80% (Ö: 83%) der Befragten waren unsicher, ob Abgeordnete, die gleichzeitig in einer Lobbying-Gruppe oder einem privaten Unternehmen tätig sind, die Interessen der BürgerInnen repräsentieren. 69% (Ö: 71%) waren der Meinung, dass die Tätigkeit als Abgeordnete/r ein Fulltime-Job ist, welcher keine Zeit für anderweitige berufliche Tätigkeit zulässt. Demnach traten auch 67% (Ö: 71%) dafür ein, dass es Abgeordneten des EU-Parlaments nicht erlaubt sein soll, gleichzeitig auch in einer Lobbying-Gruppe oder einem privaten Unternehmen tätig zu sein.

**Tabelle 1: Ich bin besorgt, dass WirtschaftslobbyistInnen zu großen Einfluss auf die Entscheidungsfindung der EU haben.**

	GESAMT	Österreich	Tschechien	Frankreich	Großbritannien	Niederlande	Spanien
stimme zu	73%	81%	75%	78%	61%	62%	83%
stimme nicht zu	14%	13%	15%	9%	15%	22%	11%

**Tabelle 2: Es sollte verbindliche Regeln für Lobbying geben, um eine ausgeglichene Partizipation unterschiedlicher Interessen beim Entscheidungsprozess zu sichern.**

	GESAMT	Österreich	Tschechien	Frankreich	Großbritannien	Niederlande	Spanien
stimme zu	80%	85%	87%	82%	69%	70%	88%
stimme nicht zu	10%	10%	7%	7%	11%	15%	6%

### 3. Ableitung aus der Umfrage

Die deutlichen Umfrageergebnisse weisen auf einen **klaren Handlungsbedarf** der europäischen EntscheidungsträgerInnen hin. Bisher erfolgt die Eintragung im **Transparenz-Register** von Kommission und Parlament nur auf freiwilliger Basis, und der Rat ist bisher vom Register überhaupt nicht erfasst. Schon längst überfällig ist daher die Einführung eines verpflichtenden Lobby-Transparenzregisters, mit wirksamen Sanktionen bei Falschangaben. Darüber hinaus sollte die Eintragung ins Register noch **mit weiteren „Anreizen“ verbunden** werden. So sollten nur ins Register eingetragene Organisationen auch die Möglichkeit haben, Personen in die **ExpertInnengruppen** der Kommission zu entsenden; **Förderungen** zu erhalten, die in einem Zusammenhang mit europäischer Politik oder Lobbying stehen, oder **Verträge (zB Studien, Rechtsgutachten)** mit der Kommission abzuschließen.

Die Ergebnisse der Meinungsumfrage wurden auch in einer Presseaussendung und einem Infobrief-Artikel besprochen, ebenfalls wird in der kommenden AK für Sie darüber berichtet. Die Umfrage macht deutlich, dass sich die AK auf richtigem Kurs befindet, wenn sie das Thema der Übermacht der Wirtschaftsinteressen in der EU auch im Sinne der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung weiterhin aktiv thematisiert.